

STAATS-ANZEIGER

für das Land Hessen

1947

Ausgegeben zu Wiesbaden, am 8. November 1947

Nr. 45

INHALT:

I. Landesregierung:

Persönliche Angelegenheiten	473
Nebentätigkeit und Nebenbeschäftigung der Bediensteten im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen vom 12. 11. 1946	473
Von der Bücherei des Innenministeriums benötigte Verwaltungsliteratur	473
Nachweisung	474
Verleihung der Rechte zur Führung eines Wappens an die Gemeinde Gensungen, Kreis Melsungen	474
Standesamtliche Nachrichten	474

Seite

II. Bezirksregierungen

Darmstadt:	
Persönliche Angelegenheiten	475
Kassel:	
Persönliche Angelegenheiten	475
Wiesbaden:	
Bekanntmachung	475
Stellenausschreibungen	475
Öffentlicher Anzeiger	476

Seite

I. LANDESREGIERUNG

Persönliche Angelegenheiten

Ernannt wurde:

der seitherige Regierungsinspektor Hans Raab mit Urkunde des Herrn Ministerpräsidenten vom 7. 9. 1947 zum Regierungs-Oberinspektor in der Staatskanzlei,

Wiesbaden, 28. 10. 47

Der Chef der Staatskanzlei

587 Nebentätigkeit und Nebenbeschäftigung der Bediensteten im Sinne des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen vom 12. 11. 1946

Durch Beschluß des Hessischen Landtages in der 9. Plenarsitzung am 28. 3. 1947 wurde die Landesregierung ersucht, die Vorschriften des Gesetzes über die Rechtsstellung der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst des Landes Hessen vom 12. 11. 1946 über die Nebentätigkeit der Bediensteten im Sinne dieses Gesetzes sofort allen Behörden durch besonderen Erlaß bekanntzugeben und die genaueste Beachtung dieser Vorschriften laufend zu übernehmen, da Sauberkeit im öffentlichen Leben und in der Verwaltung oberster Grundsatz für die Gründung einer Demokratie ist.

Nachstehend gebe ich daher die Bestimmungen der §§ 14 und 15 des obenerwähnten Gesetzes vom 12. 11. 1946 bekannt:

§ 14

- „Der Bedienstete ist verpflichtet, auf Anordnung seiner obersten Dienstbehörde jede Nebentätigkeit (Nebenamt, Nebenbeschäftigung) im öffentlichen Dienst, — auch ohne Vergütung — zu übernehmen oder fortzuführen, sofern diese Tätigkeit seiner Vorbildung oder Berufsausbildung entspricht. Die oberste Dienstbehörde kann die Befugnis zur Anordnung auf nachgeordnete Behörden übertragen.“
- Der Bedienstete bedarf, soweit er nicht nach Absatz 1 zur Übernahme verpflichtet ist, der vorherigen Genehmigung:
 - a) zur Übernahme eines Nebenamtes, einer Vormundschaft, Pflegschaft oder Testamentsvollstreckung,
 - b) zur Übernahme einer Nebenbeschäftigung gegen Vergütung, insbesondere auch zu einer gewerblichen Tätigkeit,
 - c) zum Eintritt in den Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder in ein sonstiges Organ einer Gesellschaft, Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens sowie zur Übernahme einer Treuhänderschaft.
- Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Dienstgeschäfte darunter leiden. Die Genehmigung erteilt die oberste Dienstbehörde, die diese Befugnis auf andere Behörden übertragen kann, sie kann bedingt oder befristet werden und ist jederzeit widerruflich.

§ 15

(1) Nicht genehmigungspflichtig ist die Verwaltung eigenen oder der Nutznießung des Bediensteten unterliegenden Vermögens, eine schriftstellerische, künstlerische oder Vortragsfähigkeit der Bediensteten sowie die mit der Lehr- oder Forschungstätigkeit zusammenhängende Guachterfähigkeit von Lehrern an öffentlichen Hochschulen und von Bediensteten an wissenschaftlichen Instituten und Anstalten. Die dienstliche Verantwortlichkeit des Bediensteten bleibt unberührt; es ist Pflicht des Dienstvorgesetzten, Mißbräuchen entgegenzutreten.

(2) Für die Übernahme eines unbesoldeten Amtes in einer anerkannten demokratischen Partei und ihren Gliederungen, sowie in den Gewerkschaften bedarf es keiner Genehmigung.

(3) Der Bedienstete darf Belohnungen oder Geschenke oder sonstige Vorteile in bezug auf sein Amt nicht annehmen.“ Gemäß Beschluß des Landtages ist zur Vermeidung von Kollisionen bei der Genehmigung zur Durchführung oder Neuaufnahme von Nebentätigkeit und Nebenbeschäftigung ein strenger Maßstab anzulegen. In zwingenden Fällen kann die Anstellungsbehörde besonders bei Wahlbeamten ihre Sonderlage entsprechend berücksichtigen.

Die Herren Staatsminister und Herren Behördenleiter werden ersucht, die genaueste Beachtung dieser Bestimmungen innerhalb ihres Geschäftsbereiches zu überwachen und diesen Runderlaß allen nachgeordneten und ihrer Dienstaufsicht unterstehenden Dienststellen bekanntzugeben.

Wiesbaden, 30. 9. 47

Der Ministerpräsident

588 Von der Bücherei des Innenministeriums benötigte Verwaltungsliteratur

An alle Behörden meines Geschäftsbereiches und die meiner Dienstaufsicht unterstellten Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Die nachstehend aufgeführte Literatur fehlt in der Bücherei des Innenministeriums und wird dringend benötigt. Ich bitte, die zur Verfügung stehenden Bücherbestände zu überprüfen und die Werke, die als Doppelbestände vorhanden sind oder gegebenenfalls nicht benötigt werden, mir zur Verfügung zu stellen. Kaufpreis der Bücher und evtl. anfallende Unkosten werden gegebenenfalls erstattet.

1. Alle verfügbaren Werke auf dem Gebiet des Kommunalrechts und des Steuerrechts.
2. Kommentar zur Tierseuchengesetz und dessen Ausführungsbestimmungen.
3. Kommentar zum Milchgesetz und dessen Ausführungsbestimmungen.
4. Kommentar zum Fleischbeschaugesetz und dessen Ausführungsbestimmungen.
5. Kommentar zum Tierkörperbeseitigungsgesetz nebst Durchführungsverordnungen.
6. Kommentar zum Lebensmittelgesetz.
7. Kommentar zum Tierschutzgesetz.
8. Kommentar zum Gesetz zur Förderung der Tierzucht.

9. Deutsches Arzneibuch. DAB VI.
10. Kommentar zum Deutschen Arzneibuch.
11. Adlung, Die Apothekenbesitzrechte in den deutschen Ländern.
12. Boettger, Die Reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Verkehr mit Arzneimitteln und Handel mit Giften.
13. Urban, Apothekengesetze, Berlin 1927.
14. Urban, Die Apothekenreformbewegung seit 1918, Berlin 1929.
15. Dr. Hamburger, Die preußischen Apothekenbetriebsrechte, Berlin 1928.
16. Dr. Heyl, Das hessische Apothekenwesen, Darmstadt 1908.
17. Handbuch des deutschen Apothekervereins, Berlin 1911-1932.
18. Handbuch der Landesgemeinschaft deutscher Apotheker 1933-1944.
19. Tarifordnung B.
20. Tarifordnung A (Kommentar von Böhm oder Trowitsch).
21. Angestelltenversicherungsgesetz.
22. Reichsversicherungsordnung.
23. Deutsches Beamtengesetz vom 26. 1. 1937 (Kommentar von Fischbach oder Brandt).
24. Besoldungsgesetz mit Ausführungsbestimmungen (Besoldungsvorschrift).
25. Reichshaushalts- und Besoldungsblätter.
26. Gesetz über Reisekostvergrütung der Beamten vom 15. 12. 33 nebst Ausführungsbestimmungen.
27. Gesetz über Umzugskostenvergrütung der Beamten vom 3. 5. 1935 nebst Durchführungsvorordnung.
28. Reichshaushaltsordnung (RHO).
29. Reichskassenordnung (RKO).
30. Rechnungslegungsordnung für das Reich (RRO).
31. Reichswirtschaftsbestimmungen (RWB).
32. Allgemeine Tarifordnung (ATO) mit Kommentar.
33. Strafprozeßordnung mit Kommentar.
34. Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) mit Kommentar.
35. Zivilprozeßordnung mit Kommentar.
36. Gewerbeordnung mit Kommentar.
37. Polizeiverwaltungsgesetz mit Kommentar.
38. Verbrauchsregelungs-Strafordnung.
39. Preisstoppverordnung.
40. Kriegswirtschaftsverordnung.
41. Reichsmeldeordnung.
42. Verwaltungsrechtliche und —
43. polizeirechtliche Handbücher (Drews usw.).
44. Anschütz, Kommentar zur Reichsverfassung.
45. Giese, Kommentar zur Reichsverfassung.
46. Poetsch-Hoffert, Kommentar zur Reichsverfassung.
47. Giese-Volkman, Die preußische Verfassung.
48. Waldecker, Die preußische Verfassung.
49. G. Jellinek, Allgemeine Staatslehre.
50. Kelsen, Allgemeine Staatslehre.
51. Helfritz, Allgemeines Staatsrecht.
52. Meyer-Anschütz, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts.
53. Hatschek, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts.
54. W. Jellinek, Verfassung und Verwaltung.
55. Anschütz-Thoma, Lehrbuch des deutschen Staatsrechts.
56. W. Jellinek, Verwaltungsrecht.
57. Otto Meyer, Deutsches Verwaltungsrecht.
58. Fleiner, Institutionen des deutschen Verwaltungsrechts.
59. Apelt, Der verfassungsrechtliche Vertrag.
60. v. Hippel, Untersuchungen zum Problem des fehlerhaften Staatsaktes.
61. v. Brauchitsch, Reichs- u. preußische Verwaltungsgesetze.
62. Drews, Deutsches Polizeirecht.
63. Klausner-Kärstien-Kempner, Das preußische Polizeiverwaltungsgesetz.
64. Friederichs, das preußische Polizeiverwaltungsgesetz.
65. Pfundner-Neubert, Das neue Reichsrecht.
66. Kastel, Arbeitsrecht.
67. Sinzheimer, Arbeitsrecht.
68. Hoegner-Cahn-Garnier-Griesebach, Schiffahrtsrechtliche Gesetze.
69. Reh u. Meyer, Hessische Gesetzsammlung.
70. Lichter-Knost, Deutsches und ausländisches Staatsangehörigkeitsrecht.
71. Woerber-Fischer, Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.
72. Stölzel, Personenstandsgesetz.
73. Bergmann, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht.
74. Bergmann, Der Ausländer im deutschen Recht.
75. v. Keller-Trautmann, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.
76. Dr. Ernst Isay, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

77. Kaisenberg, Reichswahlgesetz.
78. Kaisenberg, Volksentscheid und Volksbegehren.
79. H. Peters, Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung.
80. Landmann, Kommentar zur Reichsgewerbeordnung.
81. Salz-Fischer, Baupolizeirecht.
82. Hölitz-Kreutz, Das preußische Wassergesetz.
83. Kommentare zum BGB (insbesondere Staudinger, Reichsgerichtsräte).
84. Kommentar zur ZPO.
85. Kommentar zum HGB.
86. Kommentar zum Genossenschaftsgesetz.
87. Kommentar zum Str. G. B.
88. Kommentar zum Gesetz über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.
89. Kommentar zur Grundbuchordnung.
90. Kommentar zur Konkursordnung.
91. Kommentar zur St. P. O.
92. Kommentar zur Reichsversicherungsordnung.
93. Kommentar zum Versailler Vertrag.
94. Verdros, Völkerrecht.
95. v. List-Fleischer, Völkerrecht.
96. Niemeyer, Völkerrecht.
97. Haager-Landkriegsordnung.
98. Dienststrafordnung mit Kommentar, Wiesbaden, 28. 10. 47

Minister des Innern 11 a

550 Nachweisung

über die im Lande Hessen in der Woche vom 19. 10. 1947 bis 25. 10. 1947 gemeldeten Neuerkrankungen (N) und Todesfälle (T) durch übertragbare Krankheiten. Bevölkerungszahl Hessens nach dem Stand vom 1. 8. 1947: 4 163 754 Einwohner.

Krankheit	Regierungs-Bezirk						Hessen insgesamt	
	Darmstadt		Kassel		Wiesbaden		N	T
	N	T	N	T	N	T		
Diphtherie	51	4	59	—	60	—	170	4
Scharlach	42	—	19	—	48	—	109	—
Tb.-Lung.	21	7	47	9	109	18	177	34
Tbc.-Andere	12	1	16	2	24	2	52	3
Keuchhusten	3	—	7	—	9	—	19	—
Poliomyelitis	3	—	6	—	5	—	14	—
Meningitis	—	—	—	—	2	—	2	—
Gonorrhoe	108	—	84	—	262	—	455	—
Syphilis	58	—	55	—	166	—	279	—
Unterleibstypus	3	—	5	—	17	—	30	—
Paratyphus	3	—	2	—	9	—	14	—
Übertragb. Ruhr	2	—	—	—	2	—	4	—
Gelbsucht	3	—	14	—	4	—	21	—
Kräuze	142	—	158	—	39	—	339	—
Übertragbare Gehirnentzündung	1	—	—	—	—	—	1	—
Malaria	1*)	—	—	—	—	—	1	—
Masern	21	—	6	—	14	—	41	—
Kindbettfieber nach Geb.	—	—	1	—	—	—	1	—
Kindbettfieber nach Fehlgeb.	—	—	1	—	1	—	2	—

*) Rezidiv. Minister des Innern -- V 18 d 02 -- 1. 11. 1947

590 Verleihung der Rechte zur Führung eines Wappens an die Gemeinde Gensungen, Kreis Melsungen

Der Gemeinde Gensungen, Kreis Melsungen ist gemäß § 11 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung vom 21. 12. 1945 durch das Hessische Staatsministerium (Kabinettsbeschluss vom 1. 10. 47 I/Kab./3 d 02/07/47 Tagebuch-Nr. 5593 das Recht zur Führung eines Wappens verliehen worden.

Der Minister des Innern -- IV 200 06

591 Landesamtliche Nachrichten

An alle Landesbeamten!

Betr.: Eheschließung zwischen Briten und Deutschen
Die Rechtsabteilung der Militärregierung in Wiesbaden hat in der o. a. Angelegenheit folgendes erklärt:
Zur Zeit sind folgende Voraussetzungen erforderlich und müssen von britischen Untertanen erfüllt werden, bevor sie deutsche Staatsbürger heiraten dürfen:

a) Alle britischen Untertanen, die in Deutschland zur Kontrollkommission für Deutschland gehören und den Wunsch haben, deutsche Staatsbürger zu heiraten, müssen ein Genehmigungsgesuch an den Ersten Verwaltungsoffizier der Kontrollkommission für Deutschland richten. Normalerweise besteht eine sechsmonatige Wartezeit vom Zeitpunkt der Gesuchstellung an gerechnet, bevor die Eheschließung mit einer Deutschen stattfinden kann, und die Eheschließung darf erst vorgenommen werden, wenn die Erlaubnis erteilt ist.

b) Britisches Militärpersonal muß ein Genehmigungsgesuch an den Befehlshaber stellen, bevor die Eheschließung mit einer deutschen Staatsbürgerin erfolgt. Die Eheschließung wird auf Grund des ausländischen Ehegesetzes von 1892 in der Ergänzung von 1947 nach deutschem Ritus vollzogen.

c) Andere britische Untertanen in Deutschland können nach deutschem Gesetz heiraten, aber die Zustimmung der britischen Militärregierung ist erforderlich."

Wiesbaden, 13. 11. 47 — Hessisches Staatsministerium —
Der Minister des Innern — Abt. VI

Kassel

Ernannt wurde:

durch Urkunde vom 1. 8. 47 der Studienrat Dr. Hans Hecht zum Oberstudienrat und als solcher an die Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg/Fulda eingewiesen.

Kassel, 1. 11. 47

Der Regierungspräsident

Wiesbaden

592 Bekannimachung

Der rote Sonderausweis Nr. 814 für Personen, die während des Naziregimes aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen in Haft waren, ausgestellt von der Betreuungsstelle Frankfurt a. M. für Franz Pfaffenhäuser, Frankfurt, Heilmannstr. 53, geb. 30. 11. 1895, ist in Verlust geraten und wird für ungültig erklärt. Desgleichen der blaue Hinterbliebenenausweis Nr. 272, ausgestellt von der Betreuungsstelle Frankfurt a. M. für Jenny Schiff geb. Müller, Frankfurt a. M., Raimundstr. 144, geb. 1. 4. 1893.

Wiesbaden, 22. 10. 47

Der Regierungspräsident

II. BEZIRKSREGIERUNGEN

Darmstadt

Persönliche Angelegenheiten

Ernannt wurde:

durch Urkunde vom 1. 10. 47 der Lehrer Heinrich Rieth an der Volksschule zu Ober-Roden, Kreis Dieburg, zum Rektor;

Versetzt wurde:

in gleicher Dienstbeziehung der Lehrer Otto Metzker, Momart, Kreis Erbach/Odw., in die Stelle eines alleinstehenden Lehrers an der Volksschule zu Momart, Kreis Erbach/Odw., mit Wirkung vom 1. 11. 47;

der Lehrer Willy Piehler zu Ulrichstein in gleicher Dienstbeziehung mit Wirkung vom 1. 10. 47 in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mörfelden, Kreis Groß-Gerau;

in gleicher Dienstbeziehung der Lehrer Johannes Held, Groß-Umstadt, Kreis Dieburg, in die Stelle eines alleinstehenden Lehrers an der Volksschule zu Schlierbach, Kreis Dieburg, mit Wirkung vom 12. 8. 47.

Unter Zurücknahme der mit Verfügung vom 28. Januar 1947 ausgesprochenen Entlassung wurde der Studienrat Dr. Robert Schäfer mit Wirkung vom 2. Mai 1947 wieder in den Dienst des Landes Hessen als Studienrat mit den Rechten eines Beamten auf Lebenszeit eingestellt und mit Dienstleistung am Liebig-Realgymnasium Darmstadt beauftragt.

In den Ruhestand versetzt:

auf seinen Antrag durch Urkunde vom 12. 9. 47 der Studienrat Prof. Otfried Praetorius an der Viktoriaschule in Darmstadt. Für seine langjährigen treuen Dienste wird ihm der Dank der Staatsregierung ausgesprochen.

Unter Zurücknahme des Dienstauftrags vom 4. 2. 46 und der Verfügung vom 15. 11. 46 wurde die technische Lehrerin Auguste Diehl an der Berufsschule zu Dieburg mit Wirkung vom 1. 9. 47 wieder in den Ruhestand versetzt. Sie hat von dem genannten Zeitpunkt an die Amtsbezeichnung „techn. Lehrerin a. D.“ zu führen. Für die geleisteten Dienste wurde ihr der Dank der Staatsregierung ausgesprochen.

Darmstadt, 22. 10. 47

Der Regierungspräsident

STELLEN-AUSSCHREIBUNGEN

Bei der Kreisverwaltung des Obertaunuskreises in Bad Homburg ist die Stelle eines hauptamtlichen Schularztes zu besetzen. Die Einstellung erfolgt im Angestelltenverhältnis, Vergütungsgruppe III der Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst. Bewerbungen mit Lebenslauf und Ausbildungsunterlagen nebst Spruchkammerbescheid oder politischem Meldebogen sind binnen 4 Wochen an das Landratsamt, Bad Homburg v. d. H., Luisenstraße 88/90, einzureichen.

Bad Homburg v. d. H., 22. 10. 47

Der Landrat

Am Kreis Krankenhaus Hersfeld (500 Betten) ist die Stelle des Chefarztes der gyn.-geb. Abteilung (rd. 50 Betten) alsbald zu besetzen. Gehalt nach TO. A Gr. I sowie Liquidationsrecht für 1. und 2. Kl. und Consiliartätigkeit. Bewerbungen von Fachärzten mit reicher Erfahrung sind unter Beifügung von Lebenslauf, Nachweis der bisherigen Tätigkeit, beglaubigten Zeugnisabschriften, pol. Fragebogen bzw. Spruchkammerbescheid und Lichtbild bis zum 1. Dezember 1947 an den Landrat des Kreises Hersfeld zu richten.

Hersfeld, 22. 10. 47

Der Landrat

Die Stadtverwaltung Butzbach (8000 Einwohner) sucht einen fähigen Architekten mit guten Erfahrungen im kommunalen Hoch- und Tiefbauwesen. Nach entsprechender Einarbeitung und Ableistung einer Probezeit besteht die Möglichkeit der Aufrückung als Stadtbaumeister. Politisch unbelastete Bewerber mit abgeschlossener fachlicher Ausbildung wollen ihre Bewerbungen mit Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften, Nachweis der bisherigen Berufstätigkeit und Spruchkammerbescheid unter Angabe ihrer Gehaltsansprüche bis zum 25. November einreichen.

Der Bürgermeister.

Für ein Herz- und Nervensanatorium für ehemals politisch, rassisch und religiös Verfolgte des Naziregimes wird zum sofortigen Eintritt lediger Assistenzarzt gesucht. Meldeschluß 15. 12. 1947. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an das Sekretariat der Süddeutschen Ärzte- und Sanitätshilfe der Centrale Sanitaire Suisse, Frankfurt/M., Wiesenhüttenstraße 11.

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

zum Staats-Anzeiger für das Land Hessen

10-17

Ausgegeben zu Wiesbaden, am 8. November 1947

Nr. 15

A Gerichtsangelegenheiten

Aufgebote

3101 Der Friseur Harald Wolff aus Danzig, jetzt in Netra, Kreis Eschwege, hat beantragt, seine Ehefrau Margarethe Wolff, geb. Liedke, geb. am 27. Okt. 1905 in Richlowo, Kreis Schwedt, für tot zu erklären. Seine Ehefrau war zuletzt als Hebamme an der staatlichen Frauenklinik in Danzig-Langfuhr tätig und ist seit einem feindlichen Luftangriff auf Danzig verschollen. Die Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens am Montag, dem 1. März 1948, bei dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls sie für tot erklärt werden kann. An alle, die Auskunft über die Verschollene geben können, ergeht die Aufforderung, dem Gericht bis zu dem angegebenen Zeitpunkt Mitteilung zu machen. F 33/46 Eschwege, 27. 10. 47 Amtsgericht

3102 Die Frau Anneliese Diller, geb. Malferth, in Maden Nr. 72, hat beantragt, den verschollenen Landwirt Hermann Diller, geb. am 4. Juni 1921 — zuletzt wohnhaft gewesen in Maden, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 9. Januar 1948, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen. II 7/47 Gudensberg, 30. 10. 47 Amtsgericht

3103 Die Ehefrau Elisabeth Hofmann, geb. Will, in Eismroth (Dillkreis), Haus Nr. 7, hat beantragt, den verschollenen Wagnermeister Gottfried Hofmann, geboren am 13. März 1901 in Frankfurt a. M., zuletzt wohnhaft in Eismroth (Dillkreis), für tot zu erklären. Der Verschollene wird aufgefordert, sich bis zum 13. Januar 1948 vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls er für tot erklärt werden kann. Alle, die Auskunft über den Verschollenen geben können, werden aufgefordert, bis zu dem oben bestimmten Zeitpunkt dem Gericht Anzeige zu machen. 2 UR II 2/47 Herborn, 20. 10. 47 Amtsgericht

3104 Die Frau Hermine Marie Löschhorn, geb. Weil, in Offenbach am Main, Geleitstr. 49, hat beantragt, den verschollenen Schlosser August Julius Löschhorn, geb. 9. Sept. 1912, zuletzt wohnhaft in Offenbach a. M., für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, 18. Dezember 1947, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen. 4 II 82/47 Offenbach a. M., 24. 10. 47 Amtsgericht

3105 Die Helene Six, geb. Ringel, in Viersen hat beantragt den verschollenen Elektriker Theodor Six, geb. 12. April 1920, zuletzt wohnhaft in

Steinhelm a. M., für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, 18. Dezember 1947, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben und Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen. 4 II 71/47 Offenbach a. M., 24. 10. 47 Amtsgericht

3106 Die Witwe Ehefrau Maria Schairer, geb. Heinzmann, in Frankfurt a. M., Große Seestraße 46, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Remmert, Frankfurt a. M., hat das Aufgebot des angeblich verlorengegangenen Hypothekenbriefes der im Grundbuch von Frankfurt a. M., Bezirk Bockenheim, Band 100, Blatt 3959 in Abt. III unter Nr. 14 für die Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit in Gotha eingetragenen Hypothek von 30 000 GM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 1. März 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. 3/4 F 268/47 Frankfurt a. M., 24. 10. 47 Amtsgericht

3107 Die Margarete Mott in Hattersheim a. M., Schulstraße 23, hat das Aufgebot des Sparkassenbuchs Nr. 13 130 Bpl. über 1430.16 RM der Stadtparkasse Frankfurt a. M., Börsenplatz, ausgestellt auf den Namen der Antragstellerin, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 5. März 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 21, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. Hb. 8 F 1/47 Frankfurt/M.-Höchst, 30. 10. 47 Amtsgericht

3108 Der Dr. jur. Conrad Bühring zu Burgsteinfurt, Lindenstraße 66, hat das Aufgebot des verzeichneten Hypothekenbriefes über die im Grundbuche von Lohne, Blatt 504, in Abt. III unter der Nr. 4 für Dr. Conrad Bühring in Berlin-Steglitz eingetragene unkündbare Tilgungshypothek von 9800 RM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 9. Januar 1948, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Zimmer 8 anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. F 3/47 Gudensberg, 30. 10. 47 Amtsgericht

3109 Die Stadtparkasse zu Homberg (Bezirk Kassel) hat das Aufgebot der Sparkassenbücher Nr. 31 808, ausgestellt auf den Namen Mariann Fröhlich, Homberg (Bezirk Kassel), Bahnhofstraße 22, und Nr. 32 277, ausgestellt auf den Namen Robert Fröhlich, Homberg (Bezirk Kassel), Bahnhofstraße 22, beantragt. Die Inhaber der Sparbücher werden aufgefordert, spätestens in dem Aufgebotstermin am 17. Februar 1948, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Homberg (Bezirk Kassel) die Sparbücher vorzulegen und ihre Rechte geltend zu machen, andernfalls Kraftloserklärung erfolgt. F 28/47 Homberg (Bez. Kassel), 22. 10. 47 Amtsgericht

3110 Die nachstehenden Personen haben das Aufgebot des auf den beigefügten Namen stehenden Sparkassenbuchs beantragt: Sparbücher der Stadtparkasse:
Angestellte Friedel Lange in Kassel, Heerstr. 21, Sparbuch auf den Namen Friedel Lange, Konzerttänzerin, Kassel, Elfbuchenstraße 14, Nr. 100 582. 10 F 103/47

Helma Wehner, Hofgelsmar, Brunnenstraße 15, Sparbuch auf den Namen Helma Wehner, Nr. 60 153. 10 F 106/47
Dorothea von Essen, z. Z. in Marburg a. Lahn, Roter Graben 13, Sparbuch auf ihren Namen, Nr. 171 366. 10 F 108/47

Dr. Herbert Gerspach in Neustadt a. d. Haardt, Sauterstraße 111, Sparbuch — eis. Sparbuch — auf seinen Namen, Nr. 4/18. 10 F 110/47

Im Sparbücher der Kreissparkasse:
August Mergard in Kassel, Schreistraße 27, Sparbuch auf seinen Namen, Nr. 98 186. 10 F 107/47
Herta Schulz, geb. Lintze, in Uslung Nr. 83, Sparbücher auf ihren Namen, Nr. 77 013 und 99 606. 10 F 104/47

Fleischer Hans-Josef Föllmer in Münster in Westfalen, Sentmaringerveg 53, bei Schönkäs, Hypothekenbrief über das für die Ehefrau Marie Föllmer, geb. Leinweber, in Uder (Eichsfeld) im Grundbuch von Kassel, Band 26, Blatt 513, Abt. 3 Nr. eingetragenen Darlehen von 1500.— RM. 10 F 109/47
Der Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, die Sparbücher bzw. Urkunden vorzulegen und ihre Ansprüche spätestens im Aufgebotstermin am 11. März 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Amtsgericht Kassel, Goethestr. 46, anzumelden, widrigenfalls die Urkunden für kraftlos erklärt werden.

Kassel, 25. 10. 47 Amtsgericht

3111 Die Witwe Maria Elisabeth Hühn, geb. Fach, zu Bauerbach (Landkreis Marburg a. d. L.), Haus Nr. 41, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer der auf den Namen Cäcilie Fach, geb. Bromm, eingetragenen ideellen Hälfte von dem im Grundbuch von Großseeheim Blatt 625 eingetragenen Grundstück Karteblatt 12, Parzelle 5, Wiese, die Kleewiese, 7,25 a, gemäß § 927 beantragt. Die Rechtsnachfolger der inzwischen verstorbenen, im Grundbuch unter 1 a als Eigentümerin zur ideellen Hälfte eingetragenen Ehefrau des Zimmermanns Plus Fach, Cäcilie, geb. Bromm, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 13. Januar 1948, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgt wird. F 6/47 Kirchhain (Bez. Kassel) 27. 10. 47 Amtsgericht

3112 Der Otto Tritsch in Korbach, Querstraße 1, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Sparbuches Nummer 34 310 der Kreissparkasse Waldeck in Korbach, ausgestellt auf den Namen Otto Tritsch, Korbach, Querstraße 1, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, 20. April 1948, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. 3 F 22/47 Korbach, 22. 10. 47 Amtsgericht

3113 Die Volksschule in Heringhausen, vertreten durch den Lehrer Bergmann in Heringhausen, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Sparbuches Nr. 30 725 der Kreissparkasse

Waldeck in Korbach, ausgestellt für die Volksschule Heringhausen (Diemelsee) beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, 20. April 1948, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. 3 F 20/47 Korbach, 22. 10. 47 Amtsgericht

3114 Die Eheleute Weibinder Friedrich Leißner und Katharina, geb. Burbach, in Langenselbold, Kreuz 19, haben als Eigentümer des im Grundbuch von Langenselbold, Blatt 294, verzeichneten Grundbesitzes gemäß §§ 1170, 1171 BGB, und der §§ 987 ff. ZPO. das Aufgebot zur Ausschließung der Gläubigerin der im Grundbuch von Langenselbold, Blatt 2591 Abt. III Nr. 4 für die Firma Lack- und Farbenvertrieb Arthur Simon in Fulda auf Grund der Bewilligung vom 27. Mai 1932 eingetragenen Sicherungshypothek zum Höchstbetrage von 1000 GM beantragt. Die Antragsteller haben zur Befriedigung der Gläubigerin bei der Hinterlegungsstelle des Amtsgerichts Langenselbold einen Betrag von 36 RM — in Höhe der angebotenen Forderung der Gläubigerin — hinterlegt. Die Gläubigerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 12. Februar 1948, 10 Uhr, bei dem unterzeichneten Amtsgericht stattfindenden Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls sie mit ihrem Recht ausgeschlossen wird. Die Gläubigerin kann nach ihrem Ausschluss mit ihrem Recht und nach Hinterlegung des Betrages von 36 RM ihre Befriedigung statt aus dem Grundstück nur noch aus dem hinterlegten Betrage verlangen. Das Recht der Gläubigerin auf diesen Betrag erlischt, wenn sie sich nicht vor dem Ablauf von dreißig Jahren nach der Erlassung des Ausschließungsbeschlusses bei der Hinterlegungsstelle meldet. F 1/47 Langenselbold, 31. 10. 47 Amtsgericht

3115 Die Witwe des Bankmeisters Heinrich Wenz, Derolitz, geb. Schauf, aus Camberg, Schmiedegasse 2, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Eigentümer der im Grundbuch von Camberg, Band 17, Blatt 562, eingetragenen Grundstücke a) Wohnhaus mit Hofraum b) Scheune mit Stall und Keller sowie Schweinestall (früher Schlachthaus), Schmiedegasse 2, gemäß § 927 BGB beantragt. Die Witwe des Bankmeisters Heinrich Wenz, Karoline, geb. Schauf, und die Eigentumsvererber ihres verstorbenen Ehemannes, die im Grundbuch als Eigentümer eingetragen sind, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 21. Januar 1948, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird. 4 F 7/47 Limburg, 18. 10. 47 Amtsgericht

3116 Die Kreissparkasse Marburg-Lahn hat das Aufgebot über das angeblich verlorengegangene Sparkassenbuch Nr. 3622 der Hauptzeitspende Schwänsberg, lautend auf Heidemarie Knapp, geb. 29. Juli 1915, wohnhaft Schwänsberg, Marktplatz, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 16. März 1948, 10 Uhr, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. 2 F 39/47 Marburg-Lahn, 29. 10. 47 Amtsgericht

3117 Der Metallarbeiter Wilhelm Weber aus Bieber (Kreis Wetzlar), Wesscheide 2, hat das Aufgebot des verlorengegangen Hypothekendarlehen über die auf dem Grundbuchblatt von Rodheim Band 48, Blatt 1861 in Abteilung III, Nr. 1 für die Sparkasse Rodheim a. B. zu Rodheim a. B. auf dem Grundstück Nr. 3 eingetragene, zu 11, unter Umständen bis zu 15% verzinsliche Darlehensforderung von 1500 GM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 7. Juli 1948, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 32, anberaumten Aufgebots-termin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird. 3 F 19/47

3123 Firma Novolux, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bensheim (Seminarstraße 9), Gegenstand des Unternehmens: Gewerbsmäßige Herstellung und der Vertrieb neuartiger Beleuchtungsgeräte. Stammkapital: 20 000 RM. Geschäftsführer: Emil Biesiada, Ingenieur, Bensheim, und Alois Struck, Ingenieur, Berlin-Charlottenburg. Rechtsverhältnisse: Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. November 1946 abgeschlossen. Jeder der beiden Geschäftsführer ist allein zeichnungs- und vertretungsberechtigt. HR B 72. Für die Angaben in () keine Gewähr. Bensheim, 29. 10. 47

3132 Kaufmann Ewald Funck-Kötter und Ingeborg, geb. Stegemann, Bad Wildungen: Durch notariellen Vertrag vom 8. Oktober 1947 ist die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes am Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen. GR 153

3133 Anstreicher Ludwig Wilhelm Röhr und Anna, geb. Briel, in Korbach: Durch Ehevertrag vom 10. Oktober 1947 ist allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart. GR 94

Bilderrähmchen. Fabrik-Nr.: A—K. Lfd. Muster-Nr.: 50—59. Plastische Erzeugnisse. Schutzfrist fünf Jahre. MR 26

Bensheim, 28. 10. 47

3118 Das Fräulein Sophie Lück aus Witzchenhausen, Am Süge 3, hat das Aufgebot des Sparkassenbuches der Kreissparkasse Witzchenhausen Nr. 13 183 mit einem Bestande von etwa 300 RM, ausgestellt auf Wilhelm Lück aus Witzchenhausen, beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 12. Februar 1948, 9:30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer Nr. 8, anberaumten Aufgebots-termin seine Rechte anzumelden und das Sparkassenbuch vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches erfolgen wird. F 23/47

3124 Bei der Firma „Erwida“ Ernst Willemann in Darmstadt wurde am 21. Oktober 1947 eingetragene: Die Prokura der Frieda Willemann, geb. Haas, ist erloschen. 8 HR A 321n

3134 28. Jan. 1946: Durch Vertrag vom 9. Jan. 1946 haben die Eheleute Karl Beck, Fabrikant, und Emma Beck, geb. Auß, in Darmstadt-Eberstadt, Mühlhalstraße 132, Gütertrennung vereinbart. 8 GR 80

3142 Marburger Tabakfabrik O.H.G., Inhaber: Theod. F. Eiserkolb in Marburg (Lahn), Muster T. E. M. auf der Tabakverpackung „Marburger Goldschnitt“, offen, Fabriknummer 1, Flächenerzeugnis, Schutzfrist zelin Jahre, angemeldet am 30. Juli 1947. MR 52

3119 Die nachverzeichneten Sparkassenbücher sind abhandeln gekommen. Die Besitzer der Bücher und alle Personen, die Ansprüche daraus zu haben glauben, werden hiermit aufgefordert, ihre Rechte bis 8. Dezember 1947 geltend zu machen, da nach Ablauf dieser Frist die Rückzahlung der Guthaben erfolgt.

E 111 828 Fackelmann Margarethe, Wiesbaden; A III 237 108 Jack, Willi, Wiesbaden; E 73 003 Lößlein-Georg, Mainz-Amönburg; E 34 010 Niklos, Jakob, Heilanstalt Herborn; E 33 169 Hentlich, Eheleute Friedrich, Altenstadt (Oberrh.); E 26 406 Schuler, Heinrich, Frankfurt a. M.; E 44 236 Bauer, Frau Martina, Aschaffenburg; A III 139 380 Simon, Heinrich, Flörsheim.

Wiesbaden, 30. 10. 47

3125 Firma Philipp Braun in Ober-Roden: Inhaber ist Philipp Braun, Gürtler, daselbst. HR A 317

3135 Eheleute Arbeiter Hermann Block und Ida, geb. Birkenbach, Fulda: Durch notariellen Vertrag vom 13. Oktober 1947 ist die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes am eingetragenen Gut der Ehefrau ausgeschlossen. GR 647

Öffentliche Zustellungen

3143 Die Rosalia Kunz, geb. Stangl, geboren am 29./September 1918 in Schmiedorf, früher wohnhaft in Eisenach, jetzt in Ernsthofen im Odenwald, Hauptstraße 77 — Prozeßbevollmächtigter. Rechtsanwalt van Baßhuysen in Darmstadt — klagt gegen ihren Ehemann Franz Kunz, geboren am 19. Juli 1897 in Platz (Krs. Komotau), früher wohnhaft in Eisenach, jetzt unbekannt Aufenthaltsort, auf Ehescheidung mit dem Antrag, die am 12. Juni 1944 durch Kriegseintragung geschlossene Ehe der Streitteile zu scheiden, den Beklagten für allein-schuldig zu erklären und ihm die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts in Darmstadt auf Mittwoch, den 14. Januar 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. 2 R 172/47

3126 Firma Kaufhaus Josef Hammer, Fulda: Kaufmann Josef Petter ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Firma ist jetzt eine Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. April 1947 begonnen. HR A 811

3136 Georg Hermann Schäfer, Architekt, und Ehefrau Hilde, geb. Maurer, beide in Sprendlingen (Kreis Offenbach): Durch notariellen Vertrag vom 11. September 1947 wurde Gütertrennung vereinbart. GR 206

Wiesbaden, 30. 10. 47

Direktion der Nass. Landesbank

3127 Firma Carl Rübsam, Wachswarenfabrik, Aktiengesellschaft, in Fulda: Vorstandsmitglied Curt Glaser ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Kaufmann Hermann Becker, Fulda, ist zum ordentlichen, Kaufmann Josef Fröhlich, Fulda, zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Die Prokura des Josef Fröhlich, Fulda, ist erloschen. HR B 218

3137 Eheleute Ferdinand Rasch, Diplomb-Volkswirt, und Elfriede, geb. Paulmann, in Hohensolms, Nr. 1, Durch Ehevertrag vom 10. Sept. 1947 ist die Verwaltung und Nutzung des Ehemannes am Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen. GR 236

3144 Der Kraftfahrer Richard Mock in Giedern, Oberrasse 1, klagt gegen seine Ehefrau Maria Mock, geb. Köhler, z. Z. wohnhaft in Komoraneck / C. S. R., auf Scheidung der am 14. November 1936 in Tschaus geschlossen Ehe. Er ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits in die Sitzung der 3. Kammer des Landgerichts Gießen vom Montag, 19. Januar 1948, 9 Uhr, Zimmer 117, mit der Aufforderung zur Anwaltsbestellung.

3128 Firma Herm. Joseph Wehler in Fulda: Dem Kaufmann Hans Schambony, Fulda, ist Prokura erteilt. HR A 726

3138 Die im Genossenschaftsregister unter Nr. 21 eingetragene landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft e. G. m. b. H. in Dauernheim ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 27. Juli 1947 nach dem Verschmelzungsvertrag vom gleichen Tage durch Aufnahme mit der im Genossenschaftsregister unter Nr. 50 eingetragenen Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H. in Dauernheim verschmolzen worden. Gemäß § 93e Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes ist die landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft e. G. m. b. H. in Dauernheim erloschen. GR N 50a

Handelsregistersachen

3129 Firma Rotac-GmbH., Damenkleider- und Blusenfabrik, Sitz Hadamar. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung von Damenkleidern und Blusen. Stammkapital: 100 000.— Reichsmark. Geschäftsführer: Gyula Rosenthal, Helmut Brügger. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Aug. 1946 festgestellt. Die beiden Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft nur gemeinschaftlich. Der Gesellschaftsvertrag beginnt am 1. Februar 1946 und wird auf die Dauer von zehn Jahren geschlossen. Er gilt jeweils um weitere 5 Jahre verlängert, wenn er nicht ein halbes Jahr vor Ablauf zu Ende des Geschäftsjahres gekündigt wird. HR B 30

3138 Die im Genossenschaftsregister unter Nr. 21 eingetragene landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft e. G. m. b. H. in Dauernheim ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 27. Juli 1947 nach dem Verschmelzungsvertrag vom gleichen Tage durch Aufnahme mit der im Genossenschaftsregister unter Nr. 50 eingetragenen Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H. in Dauernheim verschmolzen worden. Gemäß § 93e Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes ist die landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft e. G. m. b. H. in Dauernheim erloschen. GR N 50a

3145 Der Kraftfahrer Willi Link, wohnhaft in Gießen, Ludwigstraße 12, klagt gegen seine Ehefrau Gertrud Link, geb. Bewar, in Kalliningrad, Schreiberstraße 5/II, Bl. 17, auf Scheidung der am 29. März 1925 in Trugthen (Ostpr.) geschlossenen Ehe. Er ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits in die Sitzung der 4. Kammer des Landgerichts Gießen vom 16. Januar 1948, 9 Uhr, Zimmer 116, mit der Aufforderung zur Anwaltsbestellung. 4 R 1615/47

3120 Standard Gummi G. m. b. H. Hans Reyher, Sitz der Gesellschaft ist Alsfeld. Gegenstand des Unternehmens: Übernahme und Fortbetrieb der bisher von dem Kaufmann Hans Reyher unter der Firma „Standard Gummi-Bedarf Hans Reyher“ in Alsfeld, Hersfelder Straße 59, betriebenen Vulkanisierwerkstatt mit angeschlossenen Großhandel und Erzeugung von Reifenplattieren, Cordmännchen und Gummisohlen und -abätzen sowie sämtliche einschlägigen Geschäfte. Der Gesellschaftsvertrag ist am 1. Februar 1947 festgestellt. Geschäftsführer: Hans Reyher in Alsfeld. Dieser vertritt die Gesellschaft in allen geschäftlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten allein. Zusatz: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch die „Frankfurter Rundschau“. HR B II/35

Güterrechtsregistersachen

3139 Albert Schlünß, Altenburg. Drei Muster (offen) „Ellen“, „Ur-sula“ und „Anna-Frieda“, bei denen es sich um Holzschalen handelt, die aus einem Preßspanboden mit feinen Edelhölzartisen bestehen. Das Charakteristische ist die achteckige Form mit handgefeilter Leiste. Der Boden liegt in einer Falz, und als Abschluss dient ein 1 cm breiter Filzstreifen. GR N 39

3121 16. August 1947: Die Firma Paul Mende, Baumwollwaren - Aus- rüstung, Frankfurt a. M., hat in Bad Nauheim eine Zweigniederlassung er- richtet. Geschäftsinhaber: Kaufmann Paul Mende in Frankfurt a. M., Einzel- prokuristin: Margarethe Mende, geb. Lehmann, in Auerbach, I. Vogtland. HR A 671

3130 16. September 1947: Apo- theker Hans Erich Axel Roever und dessen Ehefrau Dorothea Marianne Wilhelma Hanna Karola, geb. Licht- hardt, Bad Nauheim, haben durch notariellen Vertrag vom 22. August 1947 Gütertrennung unter Ausschluß der Verwaltung und Nutzung des Ehemannes am Vermögen sowie an allem künftig zu erwerbenden Ver- mögen der Ehefrau vereinbart. GR 652

3140 Christine Stock, geb. Wolf, Bensheim. Anmeldung: 1 Okt. 1947, 9:10 Uhr. Musterbezeichnung: Muster- Abbildung für einen „Damenhalb- schuh mit Keilabsatz“. Geschäfts- nummer: 263. Plastische Erzeugnisse. Schutzfrist drei Jahre. MR 25

3146 Der Beamte Alfreds-Antons Eglajs in Kassel-Bettenhausen, Junkers D. P. Camp — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Heermann in Kassel — klagt gegen die Frau Alwine Eglajs, geb. Grinfelds, zuletzt wohnhaft in Lettland, Gemeinde Puzos, jetzt un- bekannte Aufenthaltsort auf Eheschei- dung auf Grund dreißigjährigen ununter- brochenen Getrenntlebens der Ehegatten. Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechts- streits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts in Kassel, Im Drusel- stadt 1, Zimmer 8, auf den 6. Januar 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeß- bevollmächtigten vertreten zu lassen. Die öffentliche Zustellung ist am 17. Oktober 1947 bewilligt worden. 1 R 550/47

3122 Firma Adalbert Dach, Fabri- kation Leinat Lederwaren, Schöllen- bach I. Odw. Geschäftsinhaber: Adal- bert Dach, Kaufmann, Schöllenbach im Odenwald, HR A 159

3131 Eheleute Gustav Hertel, Tele- graphenbauhandwerker, und Barbara Hertel, geb. Bertram, wohnhaft in Bad Schwalbach, Hauptstraße 87. Durch notariellen Ehevertrag vom 10. Okto- ber 1947 ist die Verwaltung und Nut- zung des Ehemannes am einge- brachten Gut seiner Ehefrau ausge- schlossen. GR 125

3141 Fritz Schrägele, Maler und Kunstgewerbler, Bensheim. Anmeldung: 18. Oktober 1947, 10:20 Uhr. Muster- bezeichnung: 19 Muster für röhren-

3147 Der Frau Luise Meyer, geb. Rüdiger, in Lohfelden-O., Kaufunger- straße 67 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Kreitz in Kassel — klagt gegen den Bergmann Heinrich

Meyer, zur Zeit unbekanntem Aufenthalts, auf Ehescheidung und Schuldigerklärung des Beklagten. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts in Kassel, im Druseltal 1, Luisenhaus, Zimmer Nr. 8, auf den 13. Januar 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Die öffentliche Zustellung ist am 17. Oktober 1947 bewilligt worden. I R 607/47
Kassel, 17. 10. 47. Landgericht

3114 Der Schlosser Johannes Karl Rammenstein zu Dudenrode (Kreis Witzgenhausen) — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwältin Dr. Selbert, Kassel — klagt gegen seine Ehefrau Erna, Maria Rammenstein, geb. Baran, früher wohnhaft gewesen in Dudenrode (Kreis Witzgenhausen), jetzt unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrag, die Ehe der Parteien auf Grund alleinigen Verschuldens der Beklagten zu scheiden. Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 5. Zivilkammer des Landgerichts Kassel in Kassel, im Druseltal 1, Luisenhaus, Zimmer Nr. 8, auf den 20. Januar 1948, 9 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei dem hiesigen Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Die öffentliche Zustellung ist am 22. Oktober 1947 zugelassen worden. 2 R 918/47 (WI)
Kassel, 24. 10. 47. Landgericht

3119 Der Landwirt Alexander Janz in Burghaus (Kreis Hünfeld) klagt gegen die Ehefrau Maria Janz, geb. Michailowna, jetzt unbekanntem Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien auf Grund alleinigen Verschuldens der Beklagten zu scheiden. Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 5. Zivilkammer des Landgerichts Kassel in Fulda, Amtsgericht, auf den 22. Januar 1948, 8.30 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei dem unterzeichneten Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Die öffentliche Zustellung ist am 15. September 1947 bewilligt worden. 3 R 82/47 Hu.
Kassel, 23. 10. 47. Landgericht

3150 Der Fleischer Ernst Krieger in Kassel, Dörnbergstr. 17 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Pechmann in Kassel — klagt gegen die Frau Anneliese Krieger, geb. Hermann, früher in Wollbrandshausen 11 über Duderstadt, jetzt unbekanntem Aufenthalts, auf Ehescheidung aus § 42 Ehegesetz und Schuldigerklärung der Beklagten gemäß § 1574 Abs. 1 BGB. Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 2. Zivilkammer des Landgerichts in Kassel, im Druseltal 1, Zimmer 8, auf den 6. Januar 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen. Die öffentliche Zustellung ist am 8. Oktober 1947 bewilligt worden. I R 763/46
Kassel, 9. 10. 47. Landgericht

Verschiedene gerichtliche Angelegenheiten

3151 Zwangsversteigerung. Die nachstehend bezeichneten Grundstücke im Grundbuch Lampertheim, Band 60, Blatt 3643, Flur V, Nr. 575,3, Grabgarten, Grauensteingraben, 142 qm, Flur V, Nr. 575,5, Hofreite daselbst, 172 qm, höchstzulässiges Gebot 4000 RM, Einheitswert 3700 RM; Flur IX, Nr. 284, Acker, Sechsecksgewann, 3952 qm, höchstzulässiges Gebot 800 RM, Einheitswert 490 RM, die zur Zeit der Eintragung des Ver-

steigerungsvermerks auf den Namen des Maurers Ludwig Grünwald und Ernestine Katharina Karoline Grünwald, geb. Herbold, zu je einhalb im Grundbuch eingetragen war, soll Mittwoch, den 21. Jan. 1948, 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht im Amtsgerichtsgebäude Lampertheim, Zimmer Nr. 14, versteigert werden. Die Versteigerung erfolgt zwecks Aufhebung der Bruchteilsgemeinschaft. Gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 45 in Verbindung mit der Verordnung vom 11. Juli 1947 ist die wirksame Abgabe von Geboten von dem durch den Bieter im Versteigerungstermin vorzuliegenden Genehmigungsbescheid des Landwirtschaftsamtes des Landkreises Bergstraße (Ernährungsamt Abt. A) abhängig. Der Versteigerungsvermerk ist am 14. Juli 1947 in das Grundbuch eingetragen worden. In soweit Rechte zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind sie spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden. Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung der Ansprüche an Kapital, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung mit Angabe des beanspruchten Ranges schriftlich einzureichen oder zu Protokoll der Geschäftsstelle zu erklären. Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG. mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. 8 K 1/47
Lampertheim, 28. 10. 47. Amtsgericht

3152 Zwangsversteigerung. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll die im Ansehung der in Steinbrücken gelegenen, im Grundbuch von Steinbrücken, Band VII, Blatt 244, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der Ehefrau des Schlossers Reinhard Hofmann, Wilhelmine, geb. Becker, zu Steinbrücken eingetragenen Grundstücke: Kartbl. 18, Parz. 85, a) Wohnhaus mit Hofraum, 1,66 Ar, b) Schweinestall, Hauptstraße Nr. 14; Kartbl. 18, Parz. 161/11, c) Scheune mit Stall und Hofraum, belegen daselbst, 2,90 Ar; Kartbl. 18, Parz. 162/12, Hausgarten, belegen daselbst, 0,26 Ar; Kartbl. 18, Parz. 13, Hausgarten, belegen daselbst, 0,24 Ar, Grundsteuerrolle 748, Gebäudesteuerrolle 15; Kartbl. 18, Parz. 14, Hofraum, belegen daselbst, 0,49 Ar besteht, sollen diese Grundstücke am 20. Dezember 1947, 9.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer 17, versteigert werden. Der Versteigerungsvermerk ist am 29. Juli 1947 in das Grundbuch eingetragen. Es ergibt die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden. Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. Durch Beschluß des Landrats des Dillkreises in Dillenburg vom

22. August 1947 — Tgb. I. Nr. 4177 Freiabbehörde — ist das höchstzulässige Gebot auf 6600.— RM festgesetzt. Es wird darauf hingewiesen, daß gegen diese Festsetzung des Landrats als Freiabbehörde von den Beteiligten binnen 2 Wochen nach Zustellung der Terminbekanntmachung die Beschwerde erhoben werden kann. Zugelassen worden im Versteigerungstermin nur Bieter, die im Besitze einer schriftlichen Bietungsgenehmigung des Landrats sind und diese im Termin vorlegen. K 4/47
Dillenburg, 14. 10. 47. Amtsgericht

3153 Zwangsversteigerung. Im Wege der Zwangsvollstreckung zwecks Aufhebung der Gemeinschaft sollen die im Grundbuch von Herborn/Dillkreis, Band 33, Blatt 1217, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am 6. Januar 1948, 9 Uhr, an der Gerichtsstelle, Westerwaldstraße 16, Zimmer 11, versteigert werden. Nr. 2 Herborn, Kartbl. 17, Parzelle 442/207, Hofraum, Sandweg, 06 qm; Nr. 3 Herborn, Kartbl. 17, Parzelle 153, Gebäudesteuerrolle 588, a) Wohnhaus mit Anbau u. Hofraum, b) Schreinerwerkstätte Sandweg 4, 3,16 Ar, Einheitswert per 1. Jan. 1935 RM 10200.—, Das zufällige Höchstgebot (VO. vom 30. Juni 1941, RGBl. I, 354) beträgt RM 25 082.—. Der Landrat des Dillkreises hat als Preisüberwachungsbehörde durch Beschluß vom 7. Okt. 1947 (Tgb. I. Nr. 4991) diesen Betrag festgesetzt. Gegen diese Wertfestsetzung kann jeder am Verfahren beteiligte binnen zwei Wochen seit Zustellung dieser Terminbekanntmachung Beschwerde bei dem Landrat erheben. Wer auf diese Grundstücke bieten will, muß eine Bietungsgenehmigung des Landratsamtes vorlegen (Art. IV Ziff. 3 Kontrollratsgesetz Nr. 45, § 15 Durchführung-VO. vom 11. Juli 1947, GVBl. S. 44), sonst wird sein Gebot zurückgewiesen. Der Versteigerungsvermerk ist am 16. Okt. 1947 in das Grundbuch eingetragen. Als Eigenwiller war damals 1. Schreinermeister Wilhelm Seißler in Herborn zur einen Hälfte, 2. Schreinermeister Wilhelm Seißler zu Herborn und dessen Kinder a) Marie, geb. 8. August 1906, b) Heinrich, geb. 23. Mai 1908, c) Wilhelm, geb. 2. Juli 1910, d) Ludwig, geb. 10. April 1912, e) Paul, geb. 11. August 1916 in ungeteilter Erbengemeinschaft zur anderen Hälfte eingetragen. Z K 5/1944
Herborn, 22. 10. 47. Amtsgericht

Ekler, Mathilde, geb. Heermann, geb. 22. Mai 1904, Wohnort: Bissensberg, Kenn-Nr. Y 365 377;
Möhlig, Lina, Hilfsarbeiterin, geb. 19. Dez. 1923 in Verberg, Wohnort: Vitzberg, Kenn-Nr. Y 467 299;
Schmidt, Walter, geb. 14. April 1929, Wohnort: Krodorf, Kenn-Nr. Y 472 457;
Franke, Felix, geb. 23. Juli 1928, Wohnort: Volpertshausen, Kenn-Nr. Y 469 104;
Suttler, Heinz, geb. 4. Jan. 1928, Wohnort: Katzenfurt, Kenn-Nr. Y 412 724;
Klinkel, Karl, geb. 7. Juni 1903, Wohnort: Wismar, Kenn-Nr. Y 478 457;
Weber, Lilli, geb. 30. Dez. 1927, Wohnort: Krodorf, Kenn-Nr. Y 421 415;
Häner, Else, geb. Ströter, geb. 26. Sept. 1923 in Erlinghausen, Wohnort: Steinhäuser, Kenn-Nr. Y 463 467;
März, Maria, Kontoristin, geb. 9. Februar 1924 in Rohr-Eger, Wohnort: Niederbiel, Kenn-Nr. Y 440 721;
Knapp, Doris, geb. Schiele, geb. 29. Dez. 1923, Wohnort: Aßlar, Kenn-Nr. Y 354 762;
Speier, Elin, geb. 25. März 1923, Wohnort: Wismar, Kenn-Nr. Y 479 040;
Doktor, Wilhelm, Zimmermann, geb. 9. Juni 1894, Wohnort: Naunheim, Kenn-Nr. Y 438 010;
Kinzenbach, Friedl., geb. 15. Aug. 1908 in Münchholzhausen, Wohnort: Münchholzhausen, Kenn-Nr. Y 433 109;
Stützel, Elli, geb. 6. Juni 1928, Wohnort: Aßlar, Kenn-Nr. Y 356 177;
Prinz, Hilde, geb. 12. Febr. 1922 in Albshausen, Wohnort: Garbenheim, Kenn-Nr. Y 397 623;
Kern, Rosa, geb. 13. Juli 1922 in Unterleichenau, Wohnort: Dutenhofen, Kenn-Nr. Y 385 080;
Nerger, Heinz-Walter, geb. 17. Febr. 1924, Wohnort: Laufdorf, Kenn-Nr. Y 425 288;
Schüller, Euphemia, geb. Ströer, geb. 1. Jan. 1912 in Lär b. Bochum, Wohnort: Stockhausen, Kenn-Nr. Y 463 132;
Schiller, Ernst, Eisenbahnbrankenwärter, geb. 8. Jan. 1889 in Heberndorf, Wohnort: Bissensberg, Kenn-Nr. Y 364 556;
Gregor, Erna, geb. 22. Jan. 1921, Wohnort: Steindorf, Kenn-Nr. Y 461 691;
Spinger, Lucie, geb. Mensinger, geb. 22. Jan. 1908 in Braunfels, Wohnort: Braunfels, Kenn-Nr. Y 371 609;
Zimmermann, Anneliese, geb. 27. Sept. 1918, Wohnort: Neukirchen, Kenn-Nr. Y 479 280;
Weber, Ingeborg, geb. 21. Juni 1927 in Frankfurt a. M., Wohnort: Stockhausen, Kenn-Nr. Y 463 474;
Diets, Karl, Schlosser, geb. 3. Nov. 1925, Wohnort: Burgsolms, Kenn-Nr. Y 374 840;
Rink, Hilde, geb. 23. Jan. 1925, Wohnort: Aßlar, Kenn-Nr. Y 354 111;
Leinweber, Elisabeth, geb. 11. Nov. 1887 in Wismar, Wohnort: Wismar, Kenn-Nr. Y 478 000
Wetzlar, 27. 10. 47. Der Landrat

B Anzeigen anderer Behörden

3151 Die nachstehend aufgeführten Kennkarten sind durch Diebstahl oder sonstige Umstände in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt:
Venitz, Gortrad, geb. Hochländer, geb. 26. Okt. 1927, Wohnort: Erda, Kenn-Nr. Y 391 571;
Walther, Rudolf, Heizungsmeister, geb. 6. Mai 1920, Wohnort: Atrzbach, Kenn-Nr. Y 358 008;
Blasius, Anna, geb. 24. Juli 1910 in Dieten, Wohnort: Niederquembach, Kenn-Nr. Y 443 164;
Linda, Werner, Bäckergehilfe, geb. 27. Sept. 1920 in Brietzig/Pyritz, Wohnort: Katzenfurt, Kenn-Nr. Y 412 160;
Eckhardt, Gertrud, geb. Berghäuser, geb. 7. Febr. 1923 in Lölschhausen, Wohnort: Ehringshausen, Kenn-Nr. Y 384 230;
Prinz zu Solms-Braunfels, Dr., Franz, geb. 8. Juni 1906, Wohnort: Braunfels, Schloss, Kenn-Nr. Y 371 899;
Becker, Maria Margarete, geb. 1. Juni 1925 in Läunsbach, Wohnort: Läunsbach, Kenn-Nr. Y 426 507;
Kohlhauer, Wilhelm, geb. 15. Juni 1926, Wohnort: Stockhausen, Kenn-Nr. Y 463 211;
Weber, Ludwig, Steinbrucharbeiter, geb. 20. März 1898 in Rodheim, Wohnort: Rodheim, Kenn-Nr. Y 455 782;

C Wirtschaftsanzeigen

3155 Mathcus Müller KG. a. A., Elfvilla a. Rh. Die Kommanditaktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Montag, dem 15. Dezember 1947, um 12 Uhr, in den Räumlichkeiten unserer Gesellschaft stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen. Tagesordnung:
1. Vorlage der Jahresabschlüsse 1943 und 1944 nebst der Berichte des Aufsichtsrates für die genannten Jahre, sowie der gemeinsamen Beschlüsse von persönlich haftenden Gesellschaftern und Aufsichtsrat vom 7. Juni 1944 und 17. Dez. 1945 über die Verabschiedung der Jahresabschlüsse 1943 und 1944 nebst Gewinnverteilung zur Kenntnisnahme.
2. Beschlußfassung über die Erteilung der Entlastung an die persönlich haftenden Gesellschafter und den Aufsichtsrat für die Geschäftsjahre 1943 und 1944.

3. Vorlage der Jahresabschlüsse und Satzungen aufzulösen. Anfallberechtigte sind gemäß Beschluß der Versammlung der Beauftragten, alle ehe- schaftsjahre 1945 und 1946, sowie Vor- maligen Gefolgschaftsmitglieder der lage der Berichte des Aufsichtsrates Sicherheitsglas GmbH, Kuzendorf für die genannten Jahre.
 4. Feststellung der Jahresabschlüsse dem Betrieb angehören und alle ehe- 1945 und 1946 und Beschlußfassung maligen Gefolgschaftsmitglieder des über die Verwendung der Reingewinne Zweigwerkes Wernberg, welche am 22. April 1945 der Firma angehört
 5. Beschlußfassung über die Zeichnung und in beiden Fällen mindestens ein der Entlastung an die persönlich haf- Jahr vorher eingetreten sind. Einbe- tenden Gesellschafter und den Auf- richtung zur Wehrmacht gilt als Be- sichtsrat für die Geschäftsjahre 1945 triebzugehörigkeit. Es wurde be- und 1946. schlossen, an den vorstehenden Per- 6. Aufsichtsratswahlen. sonenkreis vorerst einen Liquidations- 7. Wahl des Abschlussprüfers für das betrag von RM 200.— sowie den Geschäftsjahr 1947. eventuellen Rest bei Abschluß der Liquidation auszuführen. Alle anfall- Zur Teilnahme an der Hauptversam- berechtigte Personen oder deren An- lung und zur Ausübung des Stimm- gehörige werden hiermit aufgefor- rechtes sind nur diejenigen Komman- drit-Aktionäre berechtigt, die spätestens der Aktionäre berechtigt, die spätestens 1948 bei mir geltend zu machen, am dritten Werktag vor der Haupt- widrigenfalls laut Beschluß der Ver- versammlung ihre Aktien bei der sammlung der Beauftragten ein An- Gesellschaft oder bei dem Bank- spruch auf Liquidationszahlung ent- haus Gebr. Bethmann, Frankfurt/M., fällt.
 Bethmannstraße 7, hinterlegt haben. Etlville a. Rh., 10. 11. 47.

Die persönlich haftenden
 Gesellschafter:
 Otto Kläbsch Peter Seiler
 Heinrich Voss

3156 Unterstützungskasse der SIGLA e. V. Kuzendorf N.L. Die Versammlung der Beauftragten des Vereins hat am 24. Oktober 1946 beschlossen, die Unterstützungskasse der SIGLA e. V. zu lösen. Abwickler sind: Albert Kuzendorf N.L. gemäß § 9 der

Hermann Rohde, Wirtschaftstreuhänder, Wernberg/Opf., als Liquidator der Unterstützungskasse der SIGLA e. V. in Liquidation.

3157 2. Aufforderung. Die Hotel Schürmer KG., Kassel, Friedrich-Wilhelm-Platz 5, ist durch einstimmigen Beschluß der Gesellschafter-Versammlung vom 21. November 1946 aufgelöst worden. Abwickler sind: Albert Berghöfer, Kassel, Frankfurter Str. 199

und Friedrich Göttling, Kassel, Pesta- loozstr. 27. Etwaige Ansprüche gegen die Gesellschaft sind sofort, spätestens binnen einem Jahr nach der Bekanntmachung bei den Abwicklern anzumelden und nachzuweisen.
 Albert Berghöfer
 Friedrich Göttling

3158 Voigt & Haeflner, Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. Herabsetzung unseres Grundkapitals. Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 27. September 1947 hat u. a. beschlossen, das Grundkapital unserer Gesellschaft im Wege der vereinfachten Kapitalherabsetzung durch Zusammenlegung der Aktien über nom. RM 1000.— und nom. RM 100.— im Verhältnis 2:1 von RM 9 100 000.— auf RM 4 550 000.— herabzusetzen. Nachdem die Beschlüsse der Hauptversammlung in das Handelsregister eingetragen sind, fordern wir unsere Aktionäre hiermit auf, ihre Aktien mit Erneuerungsscheinen zum Umtausch nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bis spätestens 15. Januar 1948 bei der Hessischen Bank in Frankfurt a. M. oder der Kasse unserer Gesellschaft einzu- reichen. Die Zusammenlegung geschieht in der Weise, daß für je zwei alte Aktien im Nennwert von je RM 1000.— eine neue Aktie (Inhaberaktie) im Nennwert von RM 1000.— oder für je zwei alte Aktien im Nennwert von RM 100.— eine neue Aktie (Inhaberaktie) im Nennwert von

RM 100.— ausgegeben werden. Die Umtauschstellen werden bemüht sein, den Ausgleich von Spitzenbeträgen zu vermitteln. Die Auszahlung der neuen Aktienurkunden erfolgt gegen Rückgabe der über die eingereichten Aktien erteilten, nicht übertragbaren Kassengültigkeiten. Die Umtauschstellen sind berechtigt, aber nicht verpflichtet, die Legitimation des Vorzeigers der Kassengültigkeiten zu prüfen. Der Umtausch der Aktien kann auch erfolgen, wenn eine der Gesellschaft aus- reichende Bestätigung eines Kreditinstituts über den Besitz mit Nummernangabe vorgelegt oder wenn in sonstiger Weise ein der Gesellschaft ausreichender Besitznachweis geführt wird. Der Umtausch der Aktien erfolgt kostenfrei, sofern ein der Nummernfolge nach geordnetes Verzeichnis in doppelter Ausfertigung bei den Umtauschstellen mit eingereicht wird. Diejenigen alten Aktien, welche trotz der Aufforderung nicht bis zum 15. Januar 1948 eingereicht worden sind oder welche die zum Ersatz durch neue Aktienurkunden erforderliche Zahl nicht erreichen und bei denen ein Ausgleich der Spitzenbeträge nicht zu erzielen ist, werden, falls sie der Gesellschaft nicht zur Verwertung für Rechnung der Beteiligten zur Verfügung gestellt worden sind, für kraftlos erklärt. Die nicht zum Umtausch kommenden neuen Aktien werden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen verwertet.
 Frankfurt a. M., 4. 10. 47

3159 HANAUER STRASSENBAHN AG. HANAU A. M.

Bekanntmachung

Unsere Vorstandsmitglieder Direktor Dipl.-Ing. Carl Ernst Schleißing und Rechnungsdirektor Philipp Lange sowie die Aufsichtsratsmitglieder Dr. Friedrich Möller-Stärke, Konrad Ronzheimer, Karl Rüttinger, Eduard Krieger, Hugo Müller, Heinrich Schmidt, Ludwig Hofferberth sind im Jahre 1945 ausgeschieden.

Am 18. November 1946 wurden neu gewählt:
 als Vorstand die Herren Bürgermeister Dr. Hermann Krause, Hanau, Hüttenstraße 43; Direktor Heinrich Werner, Roddorf bei Hanau, Spessartstr. 9; als Aufsichtsrat die Herren Oberbürgermeister Karl Rehbein, Hanau, Castellstraße 1, Vorsitzender; Stadtverordneter Wilhelm Möller, Hanau, Bachstr. 31, stellv. Vorsitzender; Bürgermeister Martin Bachor, Steinheim, Hanauer Landstraße 2; Stadtrat Karl Matthes, Hanau, Cardwellstraße 39; Stadtverordneter Christian Gödde, Hanau, Breitscheidstraße 28; Stadtverordneter Joseph Heil, Hanau, Frankfurter Landstraße 80; Stadtverordneter Karl Rimbach, Hanau, Freigerichtstraße 60.

Durch Beschluß des Aufsichtsrats vom 8. September 1947 und der Hauptversammlung der Aktionäre vom gleichen Tage wurden nachstehende Abschlussbilanzen der Geschäftsjahre 1945 und 1946 genehmigt.

Bilanz zum 31. Dezember 1945

AKTIVA				
	Stand 1. 1. 45	Zugang	Abgang	Stand 31. 12. 45
1. Anlagen des Straßenbahnbetriebs				
Betriebsgebäude	41 428.28		35 214.28	6 214.—
Gleisanlagen	214 028.16	2 500.—	53 507.16	163 021.—
Streckenrüstung	68 873.57		51 655.57	17 218.—
Verwaltungsgebäude	36 234.96		30 799.90	5 435.—
Hauszinsforderabgeltung	1 840.—		230.—	1 610.—
Betriebsmittel	143 714.40		123 207.21	20 507.19
Anlagen				
Werkzeuge, Geräte, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	20 275.23		10 137.23	10 138.—
2. Anlagen d. Kraftverkehrsbetriebs				
Betriebsgebäude	46 591.20	42.—	34 943.20	11 690.—
Betriebsgebäude	29 389.58	1 645.—	11 755.99	19 279.—
Treibkraftversorgungsanlage	4 594.41		1 837.41	2 757.—
Betriebsmittel	462 590.24	3 697.15	248 686.92	219 595.47
Werkstattmaschinen und masch. Anlagen				
Werkzeuge, Geräte, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	3 025.79		1 511.79	1 512.—
	12 867.31	67.50	9 650.81	3 284.—
	1 085 451.48	7 946.65	611 137.47	482 260.66
3. Beteiligungen				20 000.—
Umlaufvermögen				
4. Vorräte				10 058.89
5. Wertpapiere				10 665.50
6. Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen				22 570.—
7. Forderungen auf Grund von Lieferungen und Leistungen				8 472.14
8. Kriegsschadenforderungen				695 588.85
9. Sonstige Forderungen				56 419.16
10. Kassenbestand einschl. Postscheckguthaben				981.—
11. Bankguthaben				516 359.42
12. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen (Disagio)				3 074.40
Sonstige				234.60
				3 309.—
				1 826 684.62

PASSIVA

	RM	RM
1. Grundkapital		150 000.—
2. Rücklagen		
a) gesetzliche Rücklage	20 000.—	
b) freie Rücklage	140 432.21	
c) Ersatzbeschaffungsrücklage	4 428.10	
d) für Wiederherstellung der durch Fliegerangriffe zerstörten Anlagen	521 147.42	686 007.73
3. Wertberichtigung zu Posten des Anlagevermögens		402 513.85
4. für Erhaltung der Bahnanlage		
5. für Rückgeldverpflichtungen	74 637.12	
a) werkeigene Ruhegeldkasse	53 250.55	
b) werkeigene Ruhegeldkasse ab 1. 10. 40	44 361.43	
6. Sonstige		
a) für Haftpflichtversicherung	14 051.42	
b) für Kaskoversicherung	28 023.92	
c) für Buchprüfung	2 000.—	
d) für Darlehnszinsen	276 04	216 600.48
Verbindlichkeiten		
7. Anleihen		272 580.69
8. Verbindlichkeiten auf Grund von Lieferungen und Leistungen		4 371.26
9. Verbindlichkeiten gegenüber Gefolgschaftsmitgliedern aus Ruhegeldbeiträgen		26 214.30
10. Sonstige Verbindlichkeiten		
a) noch nicht eingezahlte Beteiligung bei gemeinnütziger Wohnungsbau-Gesellschaft	15 000.—	
b) sonstige Verbindlichkeiten	52 696.31	67 696.31
11. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen		700.—
		1 826 684.62

Jahreserfolgsrechnung für das Geschäftsjahr 1945

AUFWAND

Aufwendungen für den Straßenbahnbetrieb		RM	RM
1. Verwaltungskosten			
a) Besoldungen, Löhne und sonstige Bezüge	4 681.32		
b) sonstige Verwaltungskosten	2 570.16		7 251.48
2. Betriebskosten			
a) Besoldungen, Löhne und sonstige Bezüge	—		
b) sonstige Betriebskosten	535.54		535.54
3. Treibstoffkosten			
4. Unterhaltungskosten einschl. der auf die Unterhaltung entfallenden Löhne für			
a) Gleisanlagen			
b) Streckenrüstung			
c) Betriebsmittel (Fahrzeuge)			
d) Werkstattmaschinen und maschinelle Anlagen			
e) Werkzeuge, Geräte, Betriebs- und Geschäftsausstattungen			
f) Grundstücke und Gebäude			
5. a) Soziale Ausgaben	554.96		
b) sonstige Ausgaben für Wohlfahrtszwecke	1 282.73		
c) sonst. Ausgaben f. Wohlfahrtszwecke (Kriegslohn)	5 198.96		7 036.65
6. Abschreibungen auf das Anlagevermögen			10 961.—
7. Versicherungskosten			26.60
8. Zinsaufwendungen			6 516.02
9. Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen			2 468.20
10. Sonstige Steuern			

11. Gesetzliche Berufsbeiträge	259
12. Außerordentliche Aufwendungen	
a) für Beseitigung von Kriegsschäden	36 700.69
b) Sonstige	16 800.00
13. Alle übrigen Aufwendungen	53 500.69
Aufwendungen für den Kraftverkehrsbetrieb	245.73
14. Verwaltungskosten	
a) Besoldungen, Löhne und sonstige Bezüge	3 110.06
b) sonstige Verwaltungskosten	1 102.83
15. Betriebskosten	4 212.89
a) Besoldungen, Löhne und sonstige Bezüge	1 308.38
b) sonstige Betriebskosten	367.47
16. Treibkraftkosten	1 676.35
17. Unterhaltungskosten einschl. der auf die Unterhaltung entfallenden Löhne für	805.42
a) Treibkraftversorgungsanlagen	
b) Betriebsmittel (Fahrzeuge)	1 787.15
c) Werkstattmaschinen und maschinelle Anlagen	
d) Werkzeuge, Geräte, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
e) Grundstücke und Gebäude	1 787.15
18. Soziale Ausgaben	
a) soziale Abgaben	264.15
b) sonstige Ausgaben für Wohlfahrtszwecke	3 608.15
c) sonst. Ausgaben f. Wohlfahrtszwecke (Kriegslöhne)	3 665.03
19. Abschreibungen	7 537.33
a) auf das Anlagevermögen	12 347.40
20. Versicherungskosten	7 168.03
21. Zinsen, soweit sie die Ertragszinsen übertreffen	5 637.93
22. Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	675.89
23. Sonstige Steuern	4 043.94
24. Gesetzliche Berufsbeiträge	7 582.00
25. Außerordentliche Aufwendungen	
a) für Beseitigung von Kriegsschäden	2 685.53
b) Sonstige	101.66
	145 062.54

ERTRAG

Einnahmen aus dem Straßenbahnbetrieb	RM
1. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	—
2. Zinsmehrerlös	—
3. Sonstige Einnahmen	390.99
4. Außerordentliche Erträge	
a) aus der Rücklage für Beseitigung von Fliegerbeschäden	30 752.34
b) aus der Rücklage zur Erhaltung der Bahnanlagen	103 257.88
c) sonstige	400.50
Einnahmen aus dem Kraftverkehrsbetrieb	9 381.91
1. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	—
2. Zinsmehrerlös	375.75
3. Sonstige Einnahmen	1.17
4. Außerordentliche Erträge	145 062.54

Abschließendes Prüfungsergebnis

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluss erläutert — mit dem Vorbehalt, daß wesentliche Teile der Bücher und Schriften seit dem Fliegerangriff vom 19. März 1945 fehlen — den gesetzlichen Vorschriften.
Frankfurt a. M., 5. 7. 47

Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
gez. Dr. Morgenthaler gez. ppa. Dr. Nelles

Bilanz zum 31. Dezember 1946

AKTIVA

	Stand	Abgang	Zugang	Stand
	1. 1. 46			31. 12. 46
	RM	RM	RM	RM
1. Anlagen des Straßenbahnbetriebs				
Betriebsgebäude	6 214.00	—	—	6 214.00
Gleisanlagen	163 021.00	—	—	163 021.00
Streckenausrüstung	17 218.00	—	—	17 218.00
Verwaltungsgebäude	5 435.00	—	—	5 435.00
Hauszinssteuerabgeltung	1 610.00	230.00	—	1 380.00
Betriebsmittel (Fahrzeuge)	20 507.19	16 341.19	—	4 166.00
Werkstattmaschinen und masch. Anlagen	10 138.00	—	—	10 138.00
Werkzeuge, Geräte, Geschäftsausstattung	11 690.00	—	—	11 690.00
2. Anlagen d. Kraftverkehrsbetriebs				
Betriebsgebäude	19 279.00	5 982.21	25 261.21	25 261.21
Treibkraftversorgungsanlage	2 757.00	—	2 757.00	2 757.00
Betriebsmittel (Fahrzeuge)	219 595.47	18 610.73	5 997.85	206 982.59
Werkstattmaschinen und masch. Anlagen	1 512.00	—	—	1 512.00
Werkzeuge, Geräte, Ausstattung	3 284.00	597.96	3 881.96	3 881.96
	482 260.66	35 181.92	12 578.02	459 656.76
3. Beteiligung an der gemeinn. Wohnungsbaugesellschaft, Hanau			20 000.00	20 000.00
Umlaufvermögen				
4. Vorräte	13 187.31	—	—	13 187.31
5. Wertpapiere	10 665.50	—	—	10 665.50
6. Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	22 570.00	—	—	22 570.00
7. Forderungen auf Grund von Lieferungen und Leistungen	42 992.91	—	—	42 992.91
8. Kriegsschadenforderungen	702 493.11	—	—	702 493.11
9. Sonstige Forderungen	4 290.78	—	—	4 290.78
10. Kassenbestand	1 949.40	—	—	1 949.40
11. Bankguthaben	495 216.62	—	—	495 216.62
12. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen (Disagio)	3 838.40	—	—	3 838.40
	1 773 860.79			1 773 860.79

PASSIVA

1. Grundkapital		RM	RM
2. Rücklagen			150 000.00
a) gesetzliche Rücklage		20 000.00	
b) freie Rücklage		140 432.21	
c) Ersatzbeschaffungsrücklage		4 435.10	
d) Instandsetzungsrücklage f. niegerbesch. Anlagen		124 600.60	691 460.97
3. Wertberichtigungen zu Posten d. Anlagevermögens			404 574.76
a) für Erhaltung der Straßenbahnanlagen			41 644.43
b) für Altersversorgungsverpflichtungen der werkeigenen Ruhegeldkasse desgl. ab 1. 1. 1940		42 331.91	
		52 762.44	96 076.59
6. Sonstige Rückstellungen			
a) für Haftpflichtversicherung		15 155.28	
b) für Kaskoelbstversicherung		31 021.92	
c) für Buchprüfung		2 000.00	50 179.20
7. Anleihen			254 499.21
8. Däubige Forderungen			22 594.00
9. Verbindlichkeiten auf Grund von Lieferungen und Leistungen			7 367.61
10. Verbindlichkeiten gegenüber der Gefolgschaft aus Ruhegeldbeiträgen			20 028.49
11. Sonstige Verbindlichkeiten			
a) noch nicht eingezahlte Beteiligung		15 000.00	
b) sonstige Verbindlichkeiten		15 975.92	30 975.92
			1 773 860.79

Jahreserfolgsrechnung für das Geschäftsjahr 1946

AUFWAND

Für den Straßenbahnbetrieb	RM	RM
1. Verwaltungskosten		
a) Besoldungen, Löhne und sonstige Bezüge	1 000.00	
b) Sonstige Verwaltungskosten	9.12	1 009.12
2. Betriebskosten		
3. Treibkraftkosten		
4. Unterhaltungskosten einschl. der auf die Unterhaltung entfallenden Löhne		
5. Soziale Ausgaben		10 145.00
6. Abschreibungen		
7. Versicherungskosten		5 791.40
8. Zinsaufwendungen		
9. Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen		1 661.00
10. Sonstige Steuern		
11. Gesetzliche Berufsbeiträge		
12. Sonstige außerordentliche Aufwendungen		
a) außerordentliche Aufwendungen	241.74	
b) außerordentliche Abschreibungen auf Anlagen	14 921.66	
c) außerordentliche Aufwendungen für Kriegsschadenbeseitigung	1 416.28	16 587.68

Für den Kraftverkehrsbetrieb

13. Verwaltungskosten		
a) Besoldungen, Löhne und sonstige Bezüge	7 167.41	
b) Sonstige Verwaltungskosten	2 147.76	9 315.17
14. Betriebskosten		
a) Besoldungen, Löhne und sonstige Bezüge	10 902.00	
b) Sonstige Betriebskosten	2 133.76	13 035.76
15. Treibkraftkosten		5 588.67
16. Unterhaltungskosten einschl. der auf die Unterhaltung entfallenden Löhne:		
für Streckenausrüstung	1.50	
für Betriebsmittel (Fahrzeuge)	17 005.11	
für Werkzeuge, Geräte, Ausstattung	718.61	17 726.31
17. Soziale Ausgaben		
a) Sozialabgaben	6 064.12	
b) Sonstige Ausgaben für Wohlfahrtszwecke	9 061.94	15 126.06
18. Abschreibungen auf Anlagevermögen		12 173.17
19. Versicherungskosten		7 167.25
20. Zinsen, soweit sie die Ertragszinsen übertreffen		5 451.02
21. Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen		1 486.00
22. Sonstige Steuern		7 738.00
23. Gesetzliche Berufsbeiträge		
24. Sonstige außerordentliche Aufwendungen		
a) außerordentliche Aufwendungen	41.55	
b) außerordentliche Abschreibungen auf zweifelhafte Forderungen	22 570.00	
c) außerordentl. Aufwendungen für Kriegsschadenbeseitigung	7 348.79	29 960.34
		159 762.90

ERTRAG

Einnahmen aus dem Straßenbahnbetrieb	RM
Außerordentliche Erträge	
1. Aus der Rücklage für Unterhaltung der Bahnanlagen	30 052.49
2. Sonstige außerordentliche Erträge	23 514.92
Einnahmen aus dem Kraftverkehrsbetrieb	
1. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr	101 158.00
2. Zinsmehrerlös	92.49
3. Sonstige Einnahmen	1 045.00
4. Außerordentliche Erträge	159 762.90

Hanau a. M., 17. 10. 47

Hannauer Straßenbahn AG.
Dr. Krause Werner